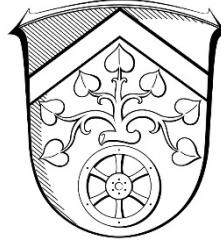


Niederschrift zur 38. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses



Sitzungstermin:

Donnerstag, 11.12.2025

Sitzungsdauer:

19:30 Uhr - 21:45 Uhr

Raum, Ort:

Mehrzweckraum der Halle Urberach, Am Schellbusch 1, 63322 Rödermark

Anwesenheitsliste

Anwesend

Name	Funktion	Bemerkung
Jörg Rotter	Bürgermeister	
Hans Gensert	Magistrat in Stavo	
Anna-Monika Gierszewski	Magistrat in Stavo	
Elke Heidelbach	Magistrat in Stavo	
Kamber Gök	Vertretung ABR	
Werner Popp	Magistrat in Stavo	
Manfred Rädlein	Magistrat in Stavo	
Mona Reusch	Magistrat in Stavo	
Herbert Schneider	Magistrat in Stavo	
Michael Uhe-Wilhelm	Magistrat in Stavo	
Karin von der Lühe	Magistrat in Stavo	
Jan Grünberg	Ausschussvorsitz	
Stefan Scheftter	Gremiumsmitglied	Vertretung für: Björn Beicken
Jenny Bender	Gremiumsmitglied	
Florian Brehm	Gremiumsmitglied	Vertretung für: Isabelle Brühne
Nina Daum	Gremiumsmitglied	
Patricia Diallo	Gremiumsmitglied	
Gerhard Schickel	Gremiumsmitglied	Vertretung für: Stefan Gerl
Tobias Kruger	Gremiumsmitglied	
Christiane Lotz	Gremiumsmitglied	
Jana Tüncher	Gremiumsmitglied	
Michael Gensert	Gremiumsmitglied	Vertretung für: Adrienne Wehner
Sven Sulzmann	Stavo-Vorsitz in Gremien	
Brigitte Beldermann	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Anke Rüger	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Peter Schröder	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Michael Spieß	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Arne Breustedt	Schriftführung	
Silvia Hechler	Schriftführung	

Name	Funktion	Bemerkung
Abwesend		
Name	Funktion	Bemerkung
Andrea Schülner	Erste Stadträtin	entschuldigt
Björn Beicken	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Isabelle Brühne	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Stefan Gerl	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Adrienne Wehner	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Dr. Rüdiger Werner	stellv. Stavo-Vorsteher/in	entschuldigt
Till Andrießen	Mitarbeiter/in der Verwaltung	entschuldigt

Gäste:

Name	Bemerkung

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung	
2	Erläuterungen zum Haushaltsplan 2026	
3	Vorentwurf Regionaler Flächennutzungsplan/ RegFNP 2030; Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Kommunen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB – Stellungnahme der Stadt Rödermark	DS/354/25
3.1	Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Vorentwurf zum Regionaler Flächennutzungsplan / RegFNP 2030 – Nichtanmeldung Vorranggebiet Siedlung - Wohnbaufläche, Planung „Steckengarten“	DS/401/25
3.2	Änderungsantrag der Fraktionen AL/CDU Fraktion zu (DS/354/25): Vorentwurf zum Regionalen Flächennutzungsplan / RegFNP 2030	DS/407/25
3.3	Interfraktioneller Änderungsantrag zu: Vorentwurf Regionaler Flächennutzungsplan/ RegFNP 2030; Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Kommunen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB – Stellungnahme der Stadt Rödermark	DS/410/25
4	Mitteilungen und Anfragen	

Niederschrift

Öffentlicher Teil

Zu 1. Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende, Herr Grünberg, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung am 27.11.25 wurden keine Einwände vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Herr Schickel stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung dahingehend, dass das Rederecht ebenfalls den Mitgliedern des Ausschusses „BUSE“ sowie den anwesenden Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung erteilt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu 2. Erläuterungen zum Haushaltsplan 2026

Herr Breustedt erläutert die Eckdaten des am 09.12.25 eingebrachten Haushaltsplans 2026 in Bezug auf das Defizit in Höhe von 13,8 Mio. im Ergebnishaushalt, die Verteilung der Haushaltssmittel auf die einzelnen Bereiche, die Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit sowie den geplanten Darlehensbedarf mittels Power-Point-Präsentation.

Ausgeteilt wird der Finanzstatusbericht 2026.

Herr Breustedt informiert darüber, dass in der nächsten Woche ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht des Kreises Offenbach sowie dem RP Darmstadt bezüglich der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsplans 2026 stattfinden soll.

Die Blätterrunde ist für den 14.01.26 vorgesehen, Fragen sollten, sofern möglich, analog zu den Vorjahren, vorab beim Magistrat eingereicht werden.

Zu 3. Vorentwurf Regionaler Flächennutzungsplan/ RegFNP 2030; Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Kommunen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB – Stellungnahme der Stadt Rödermark

DS/354/25

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor (DS/401/25).

In der heutigen Sitzung wird ein weiterer Änderungsantrag von den Fraktionen CDU und AL verteilt (DS/407/25).

Herr H. Gensert verlässt aufgrund § 25 HGO (Widerstreit der Interessen) die Sitzung.

Die Ausschussmitglieder diskutieren den Sachverhalt, im Anschluss nimmt Herr H. Gensert wieder an der Sitzung teil.

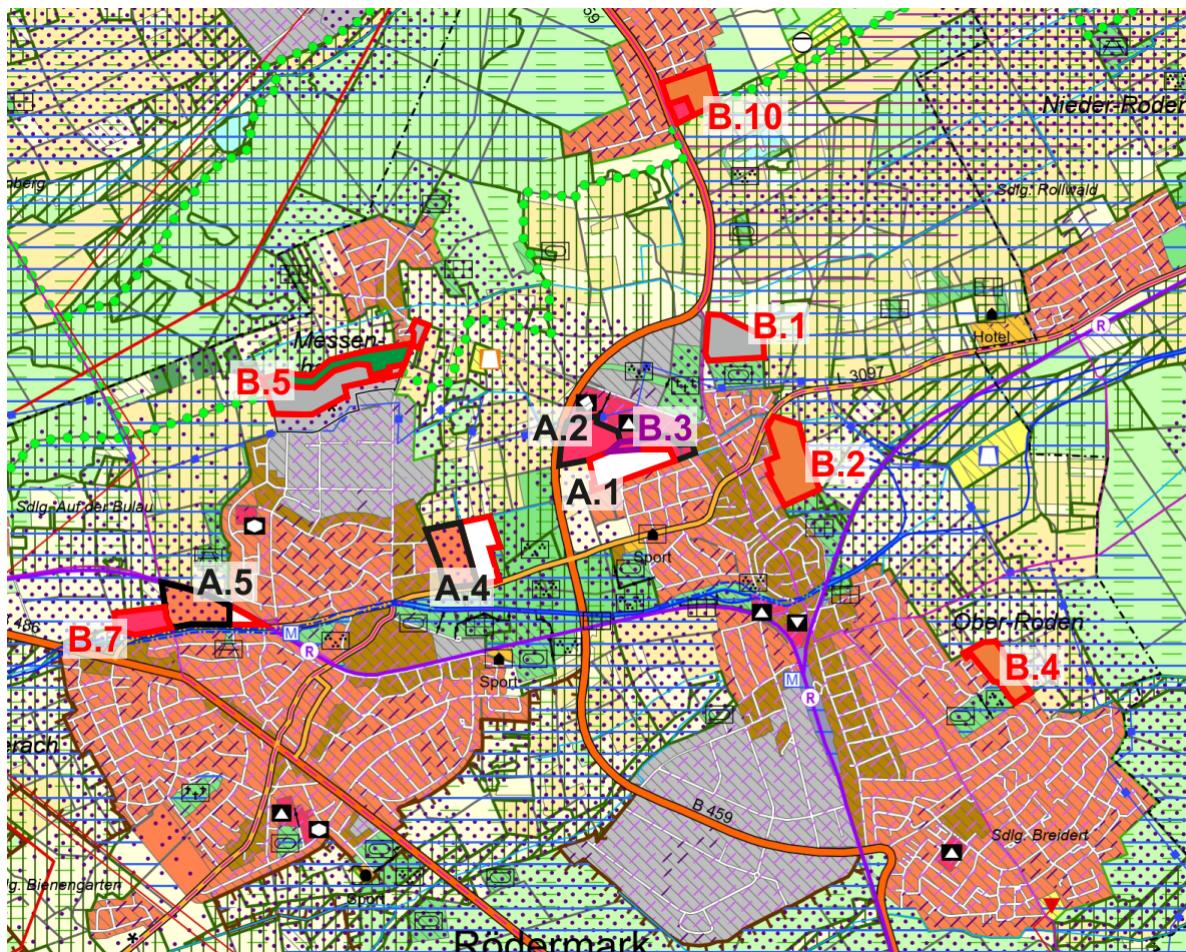
Aufgrund der Bitte von Herrn M. Gensert wird die Sitzung um einige Minuten unterbrochen. Hieraus resultierend wird ein interfraktioneller Antrag gestellt und als TOP 3.3 in die Tagesordnung eingefügt.

Zu dem Tagesordnungspunkt 3 erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Mit dem Sachstandsbericht der Verwaltung besteht Einverständnis.

Im Rahmen der Offenlage nach dem Raumordnungsgesetz (ROG) 2008 sowie der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach dem Baugesetzbuch (BauGB) innerhalb des Aufstellungsverfahrens des Regionalplans Südhessen (RPS) sowie des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP) mit integriertem Landschaftsplan für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main gibt die Stadt Rödermark fristgerecht eine Stellungnahme zu folgenden Vorranggebietsflächen Siedlung sowie Industrie und Gewerbe ab:

1. Das Vorranggebiet Siedlung – Wohnbaufläche, Planung „Nördlich Alter Seeweg“ (A.1) mit einer Größe von 4,3 ha soll aus den Darstellungen des RegFNP/ Karte 1 entfernt werden.
2. Das Vorranggebiet Siedlung – Fläche für den Gemeinbedarf, Planung „Nördlich Alter Seeweg“ (A.2) soll um 0,5 ha erweitert werden (B.3), um eine Verbindung der beiden Teilflächen sowie einen vollumfänglichen Anschluss an die bestehende Schulfläche zu ermöglichen.
3. Das Vorranggebiet Siedlung – Wohnbaufläche, Planung „Östlich Spessartring“ (A.4) soll auf eine Größe von 4,0 ha verkleinert werden.
4. Das Vorranggebiet Siedlung – Wohnbaufläche, Planung „Nördlich Rodastraße“ östlicher Teilbereich (A.5) soll um die Fläche des vorhandenen Regenrückhaltebeckens um 0,5 ha verkleinert werden.
5. Das Vorranggebiet Industrie und Gewerbe – gewerbliche Baufläche „Nördlich Germania“ (B.1) mit einer Fläche von 3,9 ha soll in die Darstellungen des RegFNP/ Karte 1 aufgenommen werden.
6. Das Vorranggebiet Siedlung – Wohnbaufläche, Planung „Steckengarten“ (B.2) mit einer Größe von 6,0 ha soll in die Darstellungen des RegFNP/ Karte 1 aufgenommen werden.
7. Das Vorranggebiet Siedlung – Wohnbaufläche, Planung „Östlich Seligenstädter Straße/ In der Dreispitze“ (B.4) mit einer Größe von 3,0 ha soll in die Darstellungen des RegFNP/ Karte 1 aufgenommen werden.
8. Das geplante Gewerbegebiet „Hainchesbuckel“ (B.5), bestehend aus einem Vorranggebiet Industrie und Gewerbe – gewerbliche Baufläche „Hainchesbuckel“ (B.5) mit einer Fläche von 7,5 ha sowie einer Grünfläche mit einer Fläche von 2,9 ha soll in die Darstellungen des RegFNP/ Karte 1 aufgenommen werden.
9. Das Vorranggebiet Siedlung – Fläche für den Gemeinbedarf, Planung „Nördlich Rodastraße“ westlicher Teilbereich (B.7) mit einer Fläche von 2,4 ha soll in die Darstellungen des RegFNP/ Karte 1 aufgenommen werden.
10. Das Vorranggebiet Siedlung – Wohnbaufläche, Planung sowie die Fläche für den Gemeinbedarf, Planung „Waldacker, südlich Am Buchrain“ (B.10) mit einer Größe von 3,1 ha sowie 0,6 ha sollen in die Darstellungen des RegFNP/ Karte 1 aufgenommen werden.



Die vorgenannten Punkte sind im Rahmen der Stellungnahme entsprechend zu begründen.

Zu 3.1. Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Vorentwurf zum Regionaler Flächennutzungsplan / RegFNP 2030 – Nichtanmeldung Vorranggebiet Siedlung - Wohnbaufläche, Planung „Steckengarten“
DS/401/25

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. **Beschlussvorschlag gemäß der ursprünglichen Vorlage vom 10.11.2025**
2. *Die Stadt Rödermark meldet (Anmeldung oder Nachmeldung) für den Vorentwurf zum RegFNP 2030 am beziehungsweise um das Umspannwerk in Urberach großzügige Entwicklungsflächen respektive Vorranggebiet(-e) für die Ansiedlung von Rechenzentren und/oder Batteriespeichern an.*
3. **Das Vorranggebiet Siedlung - Wohnbaufläche, Planung „Steckengarten“ wird nicht in die Darstellungen des RegFNP 2030 aufgenommen.**

**Zu 3.2. Änderungsantrag der Fraktionen AL/CDU Fraktion zu (DS/354/25):
Vorentwurf zum Regionalen Flächennutzungsplan / RegFNP 2030
DS/407/25**

Es wird Einzelabstimmung gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das geplante Gewerbegebiet am Hainchesbuckel bestehend aus einem Vorranggebiet Industrie und Gewerbe mit einer Fläche von 7,5 Hektar sowie einer Grünfläche mit einer Fläche von 2,9 Hektar soll in die Darstellungen des Flächennutzungsplans aufgenommen werden.

Die Darstellungen für ein erweitertes Gewerbegebiet am Hainchesbuckel haben absolute Priorität.

Alle anderen Anmeldungen sind nachrangig.

Abstimmung

Zustimmung: CDU, AL, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

1) Bezuglich der Gewerbefläche Germania- Nord ist eine Darstellung im Flächennutzungsplan nicht notwendig.

Sollte es weitere Bedarfe geben sind gegebenenfalls Zielabweichungsverfahren durchzuführen.

Abstimmung

Zustimmung: CDU, AL, SPD, FWR

Ablehnung: FDP

Enthaltung: ./.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

2) Im Hinblick auf das Vorranggebiet Siedlung Steckengarten wird die komplette Streichung der Fläche im Flächennutzungsplan beantragt.

Abstimmung

Zustimmung: CDU, AL, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3) Bezuglich der Wohnbaufläche „östlich Seligenstädter Straße/ in der Kreisspitze“ wird die komplette Streichung im Flächennutzungsplan beantragt.

Abstimmung

Zustimmung: CDU, AL, SPD

Ablehnung: ./.

Enthaltung: FDP, FWR

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4) Im übrigen werden die Beschlussempfehlungen der Verwaltung übernommen.

Abstimmung

Zustimmung: CDU, AL, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Die Abstimmungsergebnisse stehen unter den jeweiligen Punkten.

Zu 3.3. Interfraktioneller Änderungsantrag zu: Vorentwurf Regionaler Flächennutzungsplan/ RegFNP 2030; Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Kommunen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB – Stellungnahme der Stadt Rödermark

DS/410/25

Der Ausschuss hat dem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt wie folgt: Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen der kommenden Kommunalgespräche mit dem Planungsverband zu erörtern, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit Rechenzentren, Batteriespeicher, Kommunikationszentren und/oder Photovoltaikanlagen im Rödermark angesiedelt werden können. Der Magistrat wird beauftragt, hierüber zeitnah zu berichten.

Abstimmung

Zustimmung: CDU, AL, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 4. Mitteilungen und Anfragen

1. Mitteilungen:

a. Herr Bürgermeister Rotter berichtet, dass die Stadt Rödermark wegen des Neubaus eines

Gebäudes für die Schulkindbetreuung am Standort der „Alten Feuerwache“ in Gesprächen ist. Insbesondere soll der hauptsächliche Nutzungszweck im Mittelpunkt stehen, die Nutzung von Fördermitteln und eine möglichst effiziente Umsetzung des Vorhabens. In den Gesprächen mit dem Kreis Offenbach konnte nun erwirkt werden, dass die kostenintensive Mensa nicht neu gebaut werden muss. Die Mensa kann an dem aktuellen Standort in der Trinkbornschule verbleiben. Diese bisherige Mensa soll ertüchtigt und optimiert werden.

Die Schule braucht aber weitere Flächen für die Schulkindbetreuung, wobei der Kreis inzwischen von einem Fehlbedarf von 300m² an freizeitpädagogischen Räumen ausgeht. Der ursprüngliche Rahmen des Vorhabens soll also nicht über- sondern unterschritten werden.

Der Kreis Offenbach hat diesen Stand der Abstimmungsgespräche nun in einer Art Absichtserklärung bzw. „letter of intend“ (loi) zusammengefasst. Es ist beabsichtigt, einen solchen, hinsichtlich einer noch ausstehenden Finanzierungsvereinbarung unverbindlichen letter of intend, nach Zustimmung durch den Magistrat abzugeben.

Die Sitzung wird um 21:45 Uhr geschlossen.

Vorsitz:

Jan Grünberg

Schriftführung:

Arne Breustedt
Silvia Hechler